

**Carmen Wegge: Bundestag muss handeln! Sofortige gesetzliche Regelungen notwendig
PM 22.3.2021**

- 23 SPD-Bundestagkandidierende fordern sofortige gesetzliche Veränderung bei Nebentätigkeiten und mehr Transparenz durch den Bundestag – auch gegen Widerstand von der Union
- Carmen Wegge: »Wir brauchen eine vollständige Offenlegung der Einnahmen und eine komplette Verrechnung von Nebentätigkeiten mit den Diäten.«

Carmen Wegge, SPD Bundestagskandidatin im Wahlkreis 224 hat mit 22 weiteren SPD-Bundestagskandidat*innen eine Initiative zur sofortigen gesetzlichen Regelung für eine vollständige Transparenz und Verrechnung aller Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten mit den Diäten gestartet. Gemeinsam fordern die Kandidierenden, eine gesetzliche Regelung auch gegen den Widerstand im aktuellen Bundestag durchzusetzen. Hintergrund sind die vielfach bekannt gewordenen Fälle undurchsichtiger Einnahmen und persönlicher Bereicherung von Bundestagsabgeordneten der Union aus diversen Nebeneinkünften und Lobbytätigkeiten, wie z.B. die Vermittlung von Masken, Werbebriefe für dubiose amerikanische Unternehmen oder bezahlte Lobbytätigkeiten von Abgeordneten für Aserbaidshan.

Zur gemeinsamen Erklärung führt Carmen Wegge aus:

»Seit Jahren blockiert die CDU/CSU wirkliche Verbesserungen bei Transparenz und Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten – auch der 10-Punkte Plan von Söder führt noch nicht dazu, dass echte Transparenz gewährleistet ist. Mit unserer Initiative wollen wir den Druck auf die CDU/CSU erhöhen und erhoffen uns eine gesetzliche Initiative der SPD Bundestagsfraktion. Diese muss aus unserer Sicht auch gegen den Widerstand der CDU/CSU erfolgen. Konkret fordere ich mit 22 weiteren Bundestagskandidierenden eine Verrechnung aller Einnahmen aus Nebentätigkeiten mit den Diäten als Bundestagsabgeordneter, um jeden Anreiz für Korruption und Vorteilsnahme zu verhindern. Zusätzlich müssen die Transparenzregeln so verschärft werden, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Firmenbeteiligungen und Aktien (-optionen) aller Abgeordneter einsehen kann. Auch muss nun schnell ein Verbot jeder bezahlten Lobbytätigkeit und der Annahme von Vergünstigungen bei Immobilienkäufen und Dienstleistungen erfolgen. Der Bundestag muss jetzt Maßnahmen ergreifen, um das durch die CDU/CSU beschädigte Vertrauen in den Deutschen Bundestag wieder herzustellen. Das geht nur mit einem Höchstmaß an Transparenz und durch Schließung des Einfallstores der bezahlten Nebentätigkeiten.«

Die gemeinsame Erklärung von Carmen Wegge und weiteren 22 Bundestagskandidierenden kann auf der Internetseite www.unbestechlich-Bundestag.de eingesehen werden.